

„Öffentlich - rechtliches Fernsehen in Deutschland“: Auch außerhalb der Werbelandschaft gibt es ein „Leben“

Das staatliche ungarische Fernsehen strebt wie schon in den vergangenen zwei Jahren auch in diesem Jahr ein gewinnbringendes Geschäftskonzept an. Die Idee des Vorstands des ungarischen Fernsehens von einer werbefreien Fernsehlandschaft ist in Vergessenheit geraten, zumal die vorgesehenen Fernsehgebühren zum wiederholten Mal nicht eingeführt worden sind. Dabei zeigt sich am Beispiel Deutschland, dass dieses Modell – Finanzierung des öffentlich - rechtlichen Rundfunks durch Fernsehgebühren und die dadurch ermöglichte Einschränkung der Werbung – gut funktioniert.

Um die große Anzahl der deutschen Sender zu finanzieren, benötigt man viel Geld – das nach Möglichkeit nicht aus dem Staatshaushalt kommen soll. Wobei unter den beiden öffentlich rechtlichen Sendern die ARD ein wahrer Gigant ist: Mit beinahe 24.000 Mitarbeitern und einem Etat von 6,1 Milliarden Euro gilt die ARD als weltgrößter, nicht-kommerzieller Programmanbieter. Daneben erscheint das ZDF mit seinen 3.000 Mitarbeitern eher klein.

In Deutschland gibt es nur die Deutsche Welle, die als einziger Sender ausschließlich aus staatlichen Mitteln finanziert und auch im Ausland zu empfangen ist. Die öffentlich - rechtlichen Sender finanzieren sich durch die vorab bezahlten Fernsehgebühren, die von den Länderparlamenten festgesetzt werden. Diese belaufen sich momentan auf monatliche 17 Euro pro Haushalt. Insgesamt fangen die eingenommenen Beträge 80% der anfallenden Kosten auf. Der Rest wird durch Werbeeinnahmen gedeckt. Einen Einblick in das deutsche System gewährt Reinhard Klimmt, Medienexperte und ehemaliger Vorsitzender der Medienkommission der SPD. Die Ausstrahlung von Werbung unterliegt strikten Vorschriften: So dürfen die öffentlich - rechtlichen Sender weder an gesetzlichen Feiertagen noch werktags nach 20 Uhr Werbung ausstrahlen. Dies hat zur Folge, dass sich die Ausstrahlung der Werbung auf das Nachmittags- und Vorabendprogramm konzentriert und das in einem solchen Umfang, wie ihn auch ein kommerzieller Fernsehsender betreiben würde. Nicht selten kommt es auch zu Schleichwerbung, vor allem bei den Sportsendungen, was Konsequenzen zur Folge hat.

Natürlich versuchen auch deutsche Politiker die Medienlandschaft zu beeinflussen, aber das ist im Vergleich zu früher schon viel weniger – wie Klimmt, früherer Ministerpräsident des Saarlandes und ehemaliger Bundesminister für Verkehr im Kabinett Schröder, feststellt. Würde ein Fall von offensichtlicher Druckausübung auf die Medien von Seiten eines Politikers bekannt werden, würde dies sofort an die Öffentlichkeit gelangen, da unter den Journalisten ein reger Informationsaustausch besteht – letzten Endes würde sich der Politiker damit selbst am meisten schaden, so

Klimmt. Am Beispiel der ARD werden die demokratischen Grundsätze deutlich. Hier wird der Intendant demokratisch gewählt: Jedes Jahr wird ein anderer regionaler Sender zur „Arbeitsgemeinschaft“ ernannt und der Leiter dieser Arbeitsgemeinschaft wird automatisch Intendant der ARD (im Augenblick ist der Bayerische Rundfunk an der Reihe).

Beim ZDF scheint die Möglichkeit einer politischen Einflussnahme größer zu sein, jedoch spricht die Tatsache, dass ein CDU-naher Intendant seit 2002, noch während der Regierung Schröder, als Intendant ernannt worden ist und sogar 2005 in seinem Amt neu bestätigt worden ist, dagegen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Osteuropa steht noch immer unter staatlicher Einflussnahme – Klimmt hat die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für Osteuropa erkannt und regt eine rasche Angleichung des öffentlich - rechtlichen Rundfunks an den europäischen Standard an: Es ist eine Sache, ob ein Radiosender Mozart oder Bártok spielt, das kann jeder Radiosender für sich entscheiden. Entscheidend dabei ist jedoch, dass die Basis des öffentlich - rechtlichen Rundfunks im Bereich der Finanzierung und Programmplanung einheitlich und unabhängig geregelt ist. Der staatliche Einfluss muss verringert werden, was jedoch nicht dazu führen soll, dass eine politische Einflussnahme auf den jeweiligen Fernsehsender vollständig wegfallen soll und reines Unterhaltungsfernsehen geboten wird. Für eine funktionierende Demokratie benötigt man eine demokratische Gesellschaft, deren Grundlage ein demokratisches Medienangebot ist, das die Zuschauer auch über politische und gesellschaftliche Fragen informiert – nach Möglichkeit anhand interessanter und anschaulicher Formate.